

Kantonale Verkehrsbetriebe in Geldnot

Bund beharrt auf neuen Preisen für Schienennutzung – Kantone sperren sich gegen Erhöhung der Infrastrukturabgabe

VON JÜRIG MEIER

BERN Weil der regionale öffentliche Verkehr in der Schweiz hohe Defizite einfährt, klaffen bei vielen Transportunternehmen Löcher in der Kasse. Vertreter der Verkehrsbetriebe und der Kantone gelangten darum mit einer Idee an den Bund, wie das Loch zumindest vorerst zu stopfen wäre. Sie schlugen eine nachträgliche Senkung der sogenannten Trassenpreise vor (die Sonntagszeitung berichtete). Mit dieser Abgabe berappen die Bahnunter-

nehmen die Nutzung der Schienen und anderer Infrastruktur. Der Bund hatte die Tarife gerade erst Anfang Jahr um 200 Millionen Franken erhöht.

Doch nun redet der Bund Klartext. «Eine Senkung der Trassenpreise kann aus unserer Sicht keine Option sein», sagt Andreas Windlinger, Sprecher des Bundesamtes für Verkehr (BAV). Der Grund: Die Erhöhung des Trassenpreises ist ein zentraler Bestandteil eines grösseren Ganzen, nämlich des neuen Finanzierungssystems für die Bahninfra-

struktur, genannt Fabi. Damit wollen Bund und Parlament die Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur sicherstellen. Laut Windlinger ist es Teil des Pakets, den Trassenpreis schrittweise zu erhöhen – nach dem Anfang 2013 erfolgten Schritt um weitere 100 Millionen im Jahr 2017. «Es macht keinen Sinn, dieses System bereits wieder infrage zu stellen», so Windlinger.

Die Kantone schluckten zwar den Entscheid betreffend 2013. Sie wehren sich aber dagegen, dass der Trassenpreis 2017 bereits

wieder erhöht wird, wie Benjamin Wittwer, Generalsekretär der Konferenz der kantonalen Verkehrsdirektoren bestätigt. «Hier sind die Kantone skeptisch.» Mit der ersten Erhöhung sei es darum gegangen, die tatsächlich von den Zügen verursachten Kosten abzudecken, was sinnvoll sei. «Die 2017 geplante Erhöhung ist aber finanzieller Natur. Es geht nur darum, den Bahninfrastrukturfonds zu speisen», so Wittwer.

Andreas Windlinger vom BAV widerspricht. Abklärungen der SBB hätten aufgezeigt, dass die

Kosten für den Unterhalt des Bahnnetzes nicht gedeckt seien. «Mit den beiden Erhöhungen soll das geändert werden. Es geht nicht darum, auf Vorrat einen Fonds zu speisen.»

Höhere Trassenpreise nicht auf Billettpreise überwälzbar

Für die Verkehrsdirektoren bleibt die Erhöhung problematisch, auch wenn Benjamin Wittwer betont, dass sie das Modell Fabi grundsätzlich unterstützen. Laut Wittwer würde die erneute Erhöhung vielen Transportunternehmen

weitere Geldprobleme beschern. «Denn es ist nicht realistisch, dass die Betriebe die höheren Trassenpreise vollständig auf die Billettpreise überwälzen können.» Der Grund: Es sind bereits Tarifierhöhungen nötig, weil viele Betriebe neues Rollmaterial kaufen.

Offenbar sind auch viele regionale Verkehrsbetriebe skeptisch. Ueli Stückelberger, Direktor des Verbandes öffentlicher Verkehr (VÖV), will sich nicht im Detail äussern. Er sagt aber, man müsse sich die nächste Trassenpreis-Erhöhung «gut anschauen».

MONIKA ROTH

Rückschau(fehler) und der gute Ruf



Von Helmut Schmidt stammt der Satz: «Wer sich bemüht, Vertrauen zu schaffen, der ist falsch gewickelt.» Damit meinte er, dass Taten – und nicht Kommunikationsberater – die Reputation schaffen. Um seinen Ruf kämpft unser Finanzplatz. Es ist bemerkenswert, wie massgebliche Akteure argumentieren – mit auffallenden Rückschaffehlern. Als solche bezeichnet man die aus nachträglicher Sicht verzerrte Einschätzung der Prognostizierbarkeit früherer Ereignisse. Die Folge ist, dass der Eintritt eines Ereignisses in der nachträglichen Beurteilung des im Gang befindlichen oder bereits abgeschlossenen Vorganges wahrscheinlicher beziehungsweise vorhersehbarer erscheint, als es damals tatsächlich war. Und dass man seine Rolle und seine Meinung nachträglich selber anders beleuchtet.

Da gibt es jene, welche in Banken jahrzehntelang operative oder strategische Verantwortung innehatten und nie ein kritisches Wort zur Frage Schwarzgeld und Bankgeheimnis äusserten – auch nicht, als andere, sich fragend Äussernde als Nestbeschmutzer tituliert wurden. Der verstorbene Bankier Hans J. Bär lässt grüssen.

Wer trägt in der Bank die Verantwortung? Der frühere Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Alfred E. Sarasin, hat es 1977 gesagt, im Jahr des Chiasso-Skandals: «Die wichtigste Verantwortung in der Bank trägt die oberste Geschäftsleitung. Diese Verantwortung ist unteilbar; sie betrifft sowohl das wirtschaftliche Gedeihen des Instituts wie auch das rechtlich und moralisch einwandfreie Verhalten der Mitarbeiter.»

Zum guten Ruf tragen die konkreten Dienstleistungen bei. Wenn nun der abtretende Bankenombudsmann Hanspeter Häni berichten muss, wie man mit Kundeninteressen umgeht, dann ist das deprimierend: Fünf Jahre nach Beginn der Krise sagt er: «Wir sehen denn auch Fälle, wo der Berater eher Verkäufer war, wo weder er noch sein Kunde das Produkt verstand und die Quartalsziele der Bank stärker gewichtet wurden als die Interessen des Kunden.» In den gleichen Korb gehört der Umgang mit Retrozessionen. Es ist unverständlich und die Argumentation ärmlich, dass Banken die Abrechnungs- und Herausgabepflicht von Retrozessionen bei Anlageberatung verneinen.

Wenn aber vorgesehen ist, dass der Bankenombudsmann bei Serienfällen Kriterien veröffentlicht, die er im Dialog und Einvernehmen mit den Banken festlegt, so tangiert das die Glaubwürdigkeit. Wieso nämlich die Banken hier zustimmen sollen, ist nicht einsichtig. Man kennt im Bereich der Beurteilung von Serienbetrug das Vorgehen, dass solche Merkmale umschrieben werden und das Handlungsmuster wiedergeben. Es wird anhand einer Auswahl von Geschädigten dargestellt, wie es zu Investments kam, und es wird dann überprüft, ob das repräsentativ ist. Ohne die Banken Angeschuldigten gleichzustellen – sie sind im Fokus. Dass der Ombudsmann diesen Katalog im Einvernehmen mit ihnen erstellen soll, berührt seltsam. Das kann nicht gut gehen – Unparteilichkeit sieht anders aus, aber sie würde Vertrauen schaffen.

Monika Roth, Rechtsanwältin und Professorin an der Hochschule Luzern – Wirtschaft

ANZEIGE

KSP

Helsana

Die Krankenversicherung der Schweiz.

Die Krankenversicherung der Schweiz ist auch die Krankenversicherung, die von Kopf bis Fuss für Sie da ist.

So viele Menschen sind täglich für Ihre Gesundheit da. Auch wir von Helsana, mit Rat, Tat und Übersicht. Als führende Krankenversicherung der Schweiz schaffen wir Verbindungen, bieten Leistungen in hoher Qualität zu fairen Konditionen und engagieren uns dafür, dass das Schweizer Gesundheitswesen eines der besten der Welt bleibt.

www.helsana.ch